



Editorial

Nach ersten großen Aufholritten stagniert seit etwa zehn Jahren der wirtschaftliche Aufholprozeß Ostdeutschlands. Der Produktivitätsabstand von rund einem Drittel gegenüber Westdeutschland schließt sich trotz erheblichen Fördermitteleinsatzes nicht. Benötigen wir nach der ersten großen Anstrengung im Einigungsprozeß einen zweiten, aber anders strukturierten Kraftakt, um die Angleichung zu beschleunigen? Licht und Schatten liegen nahe beieinander. Die Produktivität wuchs durch hohe Investitionen erheblich, beispielsweise in der Chemie, dem Fahrzeugbau, der Mikroelektronik oder der Solar- und Umwelttechnik. Aber flächendeckend wurde diese Entwicklung nicht wirksam: So öffnet sich bei haushaltsbezogenen Dienstleistungen angesichts fehlender Nachfrage die Produktivitätsschere. Manchen Regionen mit hohem Rentneranteil, bisher infolge der hohen Altersbezüge aus dem Einigungsprozeß stabilisiert, wird durch nunmehr brüchigere Versicherungsbiographien Kaufkraft entzogen, was die private Nachfrage dort einbrechen läßt.

Analysiert man die ostdeutsche Wirtschaft auf ihre Abweichung von der Westdeutschlands, so fällt sofort das Fehlen großer Betriebe ins Auge. Weiterhin ist die Exportintensität ebenso wie die räumliche und sektorale Arbeitsteilung in Bezug auf humankapitalintensive Komponenten unterentwickelt. Die Theorie zeigt die Interdependenz dieser drei Phänomene auf. Weiterhin existieren durch das Fehlen großer Unternehmenssitze kaum regionale Kontrollstrukturen, was negativ auf die wirtschaftliche Stabilität wirkt. Der geringe Besatz mit gutverdienendem Personal in den urbanen Agglomerationen begrenzt die Nachfrage nach höherwertigen Produkten. Dies wiederum hat Folgen für die Güterstruktur im Einzelhandel bzw. das Angebot unternehmensorientierter Dienstleistungen mit Folgen für Beschäftigung und Ausbildungsplätze. Relativ gesehen begünstigt dies die Attraktivität westdeutscher urbaner Zentren, Führungsfunktionen dort einzukaufen, schlimmstenfalls sogar dorthin zu verlagern.

Gebot der Stunde ist es daher, das Wachstum von Unternehmen und Führungsfunktionen besonders zu fördern. Erfolgreiche Unternehmen Ostdeutschlands geraten schnell mangels Eigenkapital an ihre Wachstumsgrenzen. Was im Osten besonders spürbar ist, stellt sich in Gesamtdeutschland als ungenügendes Potentialwachstum dar, das den Aufschwung abzuwürgen droht. Wenn die kleinen „SAPs“ heute schon im Osten existieren, dann muß den Rahmenbedingungen ihrer Entwicklung Priorität gelten. Dazu zählt neben *private equity* auch das permanente Überprüfen, welche Gesetze Wachstum behindern – aktuell die Unternehmenssteuerreform bezüglich mittelständischer Fusionen oder die Erbschaftsteuer bei der Betriebsnachfolge.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*